

„Keiner kennt die Folgen“

MAGDEBURG (dpa) • Linkspartei und SPD haben sich klar gegen die Verpressung von Kohlendioxid aus Braunkohlekraftwerken in der Altmark positioniert. Beide Landtagsfraktionen forderten die Landesregierung gestern auf, ein solches Ziel aus dem derzeit diskutierten Entwurf für den neuen Landesentwicklungsplan zu streichen.

„CCS ist eine Technologie, die noch in den Kinderschuhen steckt und von der heute niemand sagen kann, welche Folgen sie hat“, erklärte die SPD-Fraktionsvorsitzende Katrin Budde in Magdeburg. So könne niemand die Speichersicherheit garantieren. Daher gelte für die SPD: „Keine Experimente auf Kosten der Bürger in der Altmark.“

■ Klimakiller in der Altmark lagern?

Linke-Raumordnungsexperte Uwe-Volkmar Köck begrüßte den „Sinneswandel der SPD“ und kündigte für die nächste Landtags-sitzung am 7./8. Oktober einen Antrag mit dem Ziel an, das Thema CO₂-Verpressung bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplanes außen vor zu lassen. Die Energiekonzerne Gaz de France und Vattenfall erwägen, den Klimakiller CO₂ aus den Abgasen von Braunkohlekraftwerken in Brandenburg abzutrennen, zu verflüssigen und in früheren unterirdischen Gasspeichern in der Altmark zu lagern.